

# Der Deutsche Metallarbeiter

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig. Anverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Samstags. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfort 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 36

Duisburg, den 4. September 1926

27. Jahrgang

## Kapitalrentabilität und Massenwohlfahrt

Eine bedeutsame Lehre für die Arbeiterschaft.

Wir haben bereits im Januar dieses Jahres in unserem Organ darauf hingewiesen, daß man bei Betrachtung der Wirtschaftskrise unterscheiden müsse zwischen dem Kapitalmarkt und seinen Auswirkungen auf die Betriebe und dem Arbeitsmarkt. Die ungeheure Krise des Arbeitsmarktes gestalte allein noch kein Bild auf die Lage der Unternehmungen. Eine gewisse Presse aber hatte es verstanden, die äußerst trübe Lage des Arbeitsmarktes als die Wirtschaftslage überhaupt darzustellen, um so den an sich guten Geschäftsgang eines ganz bedeutenden Teiles der deutschen Industrie zu verschleiern und jede Forderung auf berechtigte Steigerung des Lohnes im Keime ersticken zu können. Es hagelte nur so an pessimistischen Auslassungen, von denen eine noch schwärzer malte als die andere, und nur ganz wenige Stimmen, wie Haffsacher, Hagen, sprachen vom „Silberstreifen am wirtschaftlichen Horizont“, nicht ohne daß sofort ein ganzer Chorus Pessimistenstimmen über sie herfiel.

Heute spricht man von einer Zerstörung der Grundlagen der Wirtschaft nur noch ganz vereinzelt. Man konnte ja auch nicht mehr verheimlichen, was vollkommen offenkundig geworden war. Trotz der Krise der Arbeitslosigkeit haben im letzten halben Jahr die Bewegungen der Produktion und der Umsätze in der deutschen Volkswirtschaft einen Zug nach oben aufzuweisen. In der gleichen Zeit ergaben die Geschäftsberichte von 360 deutschen A.-G., die ein Fünftel des in den deutschen A.-G. investierten Aktienkapitals darstellen, eine Durchschnittsdividende von 8,8 Prozent.

### Die Kapitalrentabilität

war bei weitem besser, als man nach den Stimmen der „Wirtschaftsführer“ anzunehmen überhaupt die Berechtigung hatte. Dazu kommt in den letzten Wochen nicht nur in den Wirtschaftsbetrachtungen, sondern vor allem in den Börsenvorgängen ein ganz offensichtlich zur Schau getragener Optimismus. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob der Optimismus an der Börse in solchem Umfang berechtigt ist oder ob sich darin vielleicht irgendein taktischer Zug mit verbirgt, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung zu inhibieren und als überflüssig hinzustellen — da sich die Wirtschaft ja schon wieder selbst reguliert —, weil man nicht auf die große Reservearmee der Arbeitslosen verzichten möchte, deren man sich bei vielleicht in Nähe befindlichen sozialpolitischen Kämpfen auch gegen die Gewerkschaften bedienen könnte, das alles wollen wir nicht untersuchen, sondern nur die Tatsache feststellen, daß heute an der Börse eine selten erlebte Hausse fast aller Papiere stattfindet.

Die Aktienkurse haben sich seit Beginn 1926 fast allgemein verdoppelt. Auch die Kurse für festverzinsliche Anleihen und Pfandbriefe sind seit Anfang 1926 um rund 40 Prozent gestiegen. Bevorzugte Aktien, wie die der J. G. Farbenindustrie, stiegen ganz rapide. Wie heute die Papiere verlangt werden, dafür geben ein klassisches Beispiel die Vorgänge, die sich am Dienstag, 24. August, bei der Zulassung der

### Aktien des Stahl-ufes

zur amtlichen Notierung abspielten. Die Kaufaufträge mußten in Papierkörben gesammelt werden. Die Nachfrage nach Aktien war etwa hundertmal größer, als die zum Handel zugelassene Zahl von 30 Millionen Mark Aktien. Wer nicht für mehr als 10 000 M Aktien verlangte, der fiel überhaupt aus. Auf Kaufaufträge von 10 000 bis 50 000 M wurde je eine, auf solche von 50 000 bis 100 000 M je zwei und auf solche von mehr als 100 000 M je drei Aktien mit einem Nominalwert von 1000 M zugeteilt. Der amtliche Kurs lautete 130. Im freien Verkehr waren die Aktien der „Vereinigten Stahlwerke“ bereits mit 17 Prozent höher bewertet als der amtliche Kurs war.

Gewiß spielen bei der Börse auch Augenblicksstimmungen, Spekulation usw., eine Rolle. Aber eine so fortwauernde Hausse und Aufwärtsbewegung der Kurse, wie wir sie in diesem Jahre erlebt haben, ist nur möglich auf Grund einer ganz bestimmten Erwartung einer

### dauernden Besserung der Rentabilität der Unternehmungen.

Auch die Tatsache, daß eine Anzahl Unternehmungen, wie die J. G. Farbenindustrie und die Großbanken, zu Kapitalserhöhungen schreiten, die in die Hunderte von Millionen gehen, zeugt von ihrem Glauben, für das erhöhte Kapital zum mindesten die gleiche Dividende herauswirtschaften zu können. Die Strömungen in der Wirtschaft, der Reinigungsprozeß, die Nationalisierung, die Abschaffung „unproduktiver“ Kräfte usw. beginnen ihre Früchte zu tragen und zwar auf dem Felde, das für die Börse allein in Betracht kommt, nämlich auf dem Gebiete der Kapitalrente.

Ganz anders aber sieht das Bild aus, wenn man die andere Seite der Medaille betrachtet, wenn man die Wirtschaftslage nicht lediglich unter dem Gesichtswinkel der Kapitalrente sieht, sondern wenn man den für eine Wirtschaft ungleich wichtigeren Faktor heranzieht, nämlich den

### Massenwohlfahrt.

Von einem Massenwohlfahrt kann seit 1914 nicht mehr geredet werden. Die Verschiebung im Anteil am Kapitalertrag ist nicht ohne große Schuld der Arbeiterschaft zu einer Gefahr nicht nur für die Arbeiterschaft selbst, sondern auch für die Gesamtwirtschaft

geworden. Wenn schon eine Wirtschaft eine Unterkapitalisation nur schwer erträgt, so ist eine Unterkonsumtion der Ruin einer Volkswirtschaft. Denn sie zehrt am wertvollsten Produktivkapital einer Volkswirtschaft, an der menschlichen Arbeitskraft, an der Arbeitsfreude, an der Arbeitskultur.

Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, deren Einkommen nicht nur nicht auf ein Existenzminimum herabgedrückt ist, sondern oft sogar noch tiefer liegt, die Entwicklung der Reallohne, welche infolge der Steigerung der Mieten, Herunterdrücken des Nominallohnes (Kordreduzierungen) usw. sich tatsächlich verschlechtert haben, sind Beweis genug dafür, daß sich der Massenwohlfahrt in entgegengesetzter Richtung bewegt wie die Kapitalrentabilität. Die letztere zeigt von Tag zu Tag Verbesserungen, der Massenwohlfahrt geht fast im gleichen Tempo zurück.

Diese Ueberkapitalisation auf der Grundlage einer bedeutenden Unterkonsumtion der unteren Schichten ist aber nur dazu angetan, die sozialen Gegensätze äußerst zu verschärfen, denn diese Ueberkapitalisation bedeutet gar nichts anderes als Reichtumsmehrung des Besitzers auf Grund der

### größeren Verbrauchseinschränkung der Nichtbesitzenden.

Die volkswirtschaftliche Kraft eines Volkes und eines Staates liegt aber nicht zuerst in der Kapitalertragsfähigkeit, sondern im Massenwohlfahrt und in der größtmöglichen Ausweitung des Verbrauchs für alle Schichten. Wäre die Kapitalertragskraft das ausschlaggebende Moment für die Volkswirtschaft, dann müßte das indische oder das mexikanische Volk am besten daran sein, denn die in diesen Ländern arbeitenden Unternehmungen können durchschnittlich 50 bis 100, ja selbst 400 Prozent Dividende (Gummi, Kupfer) ausschütten. Aber dieser Kapitalertrag wird herausgepreßt durch niedrigste Löhne und erbärmlichste Lebenshaltung der breiten Masse. Man wird daher, volkswirtschaftlich gesehen, von einer Ueberwindung der Krise nur dann reden können, wenn sich der Massenwohlfahrt parallel mit der Kapitalrentabilität aufwärts bewegt und wenn es möglich geworden ist, die Erwerbslosenarmee wieder in den produktiven Gang der Wirtschaft einzuschalten.

Wie kommt es nun, daß wir heute eine steigende Tendenz der Rentabilität der Unternehmungen haben ohne eine Steigerung der Massenwohlfahrt? Ohne Zweifel liegt der tiefste Grund dafür in den

### Auswirkungen der Nationalisierung,

für die hier die technische Seite in Betracht kommt. Senkung der Produktionskosten durch technische oder organisatorische Fortschritte ist der Sinn der Nationalisierung. Aber alle diese Fortschritte setzten zu allen Zeiten erst eine ganze Anzahl Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt aus, die ohne Beschäftigung standen. Das war bei allen großen technischen Neuerungen der Fall, so bei der Einführung der Maschinenkraft in der Textilarbeit, bei der größeren Technisierung der Hütten- und Walzwerke usw. Aber die früheren Umstellungen in der Technik bedeuteten für die arbeitslos werdenden direkte Hungersnot, weil keine Institution die Arbeiterschaft irgendwie unterstützte; im heutigen Nationalisierungsprozeß hat die Gewerkschaftsbewegung durch Druck auf den Staat dafür gesorgt, daß den Arbeitslosen ihre Unterstützung gegeben wird, auf die sie rechtlichen Anspruch haben. Wenn sich nun die Senkung der Produktionskosten in eine Preissenkung umsetzt, dann beginnt eine Erweiterung des Absatzmarktes; daraus erfolgt eine weitere Stärkung der Produktion und ein allmähliches Auffaugen der freigeordneten Arbeitskräfte.

Heute aber erleben wir nun wohl eine Nationalisierung auf allen Gebieten, Arbeiterentlassungen und Senkung der Produktionskosten, aber eine Senkung der Preise ist fast überall unterblieben. Die organisatorischen Maßnahmen der Kartellzusammenschlüsse haben zunächst die Senkung der Selbstkosten nur zu einer Erhöhung der Kapitalrente benutzt. Die Kapitalkraft glaubt, genau wie in der Inflation, dem schnellen Augenblickserfolg mehr als dem langsamen volkswirtschaftlichen Dauererfolg.

Der stete Kampf zwischen dem gesellschaftlich Notwendigen und dem privatkapitalistischen Wünschenswerten muß in dieser Schärfe viel mehr von der Arbeiterschaft erkannt werden. Wir erkennen

### keine grundsätzliche Immunität der Wirtschaft

an, denn die heutige Wirtschaft ist keine rein private, sondern in stärkstem Maße eine öffentliche Angelegenheit.

Wir als Arbeiter haben in diesem Gesamtprozeß um drei Faktoren mitzurufen:

1. Schleunige Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms zum Zweck der Auffangung der Arbeitskräfte;
2. Kampf gegen die Monopolstellungen gewisser Industriegruppen zum Zweck der Preishochhaltung;
3. Kampf um den gerechteren Anteil am Kapitalertrag, für höheren Lohn, und Kampf um Hochhaltung des Arbeitsrechts.

Die Kapitalkräfte wissen, was an der Zeit ist, um mögliche Rentabilität herauszuholen. Die Arbeiterschaft könnte ihre Produktivkapital, nämlich ihre Arbeitskraft, auch rentabler gestalten, wenn sie nur den Willen zur straffsten Organisation aufbrächte.

## Essens alte und junge Verbandsgarde

in Kämpfen um unseren christlichen Metallarbeiterverband vielfach erprobt, hat in den letzten Wochen wieder einige Sturmangriffe auf die Schar der Unorganisierten gemacht.

Ihr Eifer, ihre Zähigkeit und ihre Ueberzeugungskraft haben bemerkenswerte Resultate erzielt.

88 Vertrauensleute haben an den Agitationssonntagen rund 500 Nichtorganisierte aufgesucht. 66 Neuaufnahmen und 10 Wieder-gewonnene waren der Erfolg.

Aber es gilt, mit allen Kräften weiterzustreben.

Mancher führende Kollege war diesmal noch nicht mit „von der Tour“. Wenn auch sie in die Spelchen greifen, wird der Erfolg noch bedeutender sein.

## Die Arbeiterschaft soll die Kosten tragen!

Der heutige Umfang der Arbeitslosigkeit ist zu einem Teil auf die zunehmende Nationalisierung der deutschen Wirtschaft zurückzuführen. Nun ist die Nationalisierung an sich durchaus zu begrüßen. Aber letzten Endes dient sie nur dann dem allgemeinen Wohl, wenn der mit verringertem Kraftverbrauch erzielte höhere Nutzeffekt sich in Herabsetzung der Preise und verkürzter Arbeitszeit bei gleichbleibenden oder erhöhten Löhnen ausdrückt. Leider beobachtet man fast allenthalben das Gegenteil: Die Preise bleiben „fest“, die Arbeitszeit wird länger, und die Löhne gehen nach unten. Die Folge davon ist eine das in der Sachlage begründete Maß weit überschreitende Erwerbslosigkeit, geschwächte Kaufkraft und Produktionseinschränkungen trotz dringenden Bedarfs. Die Kurzsichtigkeit vieler Unternehmer wird in den letzten Auswirkungen auch sie selber auf das stärkste schädigen und so den wirtschaftlichen Erfolg der Nationalisierung zu nichte machen. Im Augenblick allerdings sind sie die einzigen Nutznießer der technischen und betriebsorganisatorischen Verbesserungen.

So wird jetzt bekannt, daß der Chemietrust, der im vergangenen Jahre aus dem Anilinonzern unter Führung der Höpfer Farbwerke hervorgegangen ist, für 1925 einen Reingewinn von 68 Millionen Mark erzielt und eine Dividende von 10 Prozent verteilt hat. Das ist eine merkwürdige Parodie zu der ständigen Klage von dem schlechten Stand unserer Wirtschaft und besonders eigenartig, weil der Chemietrust unter diesem Schlagworte tausende Arbeiter brotlos machte und mit dem Mittel der Ausparung starke Lohnreduzierungen vornahm, wobei in der gleichen Zeit der Vorstand des Trustes von 69 auf 83 Mitglieder vermehrt wurde.

Auch scheint vielen Unternehmern die ständig betonte „Ertragslosigkeit“ der deutschen Wirtschaft, die „Löhne und Steuern aus der Substanz zahlen“ muß, sehr gut zu bekommen. Neben der Chemie machen dabei Banken, Brauereien und Zementfabriken geradezu glänzende Geschäfte. Im vergangenen Jahr verteilten die „Deutsche Bank“, die „Diskonto-Gesellschaft“, die „Darmstädter und Nationalbank“, die „Reichsbank“ sowie die „Berliner Handelsgesellschaft“ 10 vom Hundert Dividende. Unter 8 vom H. machte es wohl keine Bank. Die größeren Brauereien und Brennereien konnten durchschnittlich 11,4 v. H. den Aktionären geben. Die Portland-Zementfabrik Hemmoor sogar 15 v. H. Die Braunkohlen- und Bricketwerke Roddengraben A.-G. schütteten 24 v. H. aus, während die Vereinigten Glasfabriken 15 v. H., die Spinnerei und Weberei Pforta 12,50, die Vereinigte Deutsche Nickelwerke A.-G. 12, die E. A. F. Kahlbaum A.-G., Schultheiß-Pagenhofer Brauerei A.-G., die Ostwerke A.-G., die Braunschweigischen Kohlenenergiewerke je 10 v. H. zur Verteilung brachten.

Es kommt uns ein Ausspruch der „Deutschen Bergwerkszeitung“ von Ende 1924 in den Sinn, wonach die Kapitalgeber einen privilegierten Anspruch auf Vorzugsstellung vor allen anderen am Produktionsprozeß beteiligten Faktoren hätten, und die Höhe der Arbeitnehmerentlohnung in erster Linie bedingt wäre durch das Ergebnis einer angemessenen Verzinsung des investierten Kapitals. Danach handelt die Industrie tatsächlich. Vor der Deffektivität aber wird die Niedrighaltung der Löhne, die Herabsetzung der Arbeitszeit, die zahlreichen Entlassungen, sowie die „Untragbarkeit“ der „sozialen Belastung“ mit der angeblichen „Not“ der Wirtschaft verbrämt. Das ist eine äußerst gefährliche Vabanquopolitik, wogegen die Deffektivität in ihrem eignen Interesse auf das entschiedenste sich zur Wehr setzen muß. Verbesserungen der Technik sind naturgemäß bei ihrer Einführung immer mit erheblichen Kosten verknüpft. Es geht jedoch nicht an, daß diese reiflos auf die Schultern der Arbeitnehmer abgewälzt werden, während die Kapitalgewinne unangestastet bleiben. Aber alles Neben hilft nichts, solange die Arbeiterschaft sich ruhig alle Lasten aufbürden läßt, ohne ihr stärkstes Mittel, die Organisation, viel mehr anzuwenden, als es bisher der Fall war.

### Um das Eisentartell

In der vorigen Nr. unseres Organs haben wir auf die Vorteile, aber auch auf die Schäden eines internationalen Eisentartells hingewiesen. Die praktische Zusammenarbeit der vertragsschließenden Länder Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, soll sich auf der Grundlage des nachstehenden Thyssenschen Vorschlages vollziehen („Deutsche Bergwerksztg.“, Nr. 199). Bis jetzt haben Deutschland, Frankreich und Luxemburg ihre Bereitwilligkeit erklärt, in diesem Kartell zusammenzuarbeiten, Belgien steht vorläufig noch abseits, weil es mit der Quotenregelung nicht einverstanden ist.

Das hervorstechendste Merkmal des ganzen Eisenpaktes ist die Wahrung einer weitgehenden Elastizität. Die Festsetzung von Quoten bedeutet z. B. nicht eine Festlegung der Werke auf eine bestimmte Höchstproduktion. Der Streit drehte sich bekanntlich vor allem darum, ob die Einschätzung auf Grund des Abfages des 1. Vierteljahres 1925 oder 1926 geschehen solle. Die deutsche Industrie ist hier ihren Kontrahenten sehr weit entgegengekommen, indem sie sich mit dem für sie ungünstigen 1. Vierteljahr 1926 einverstanden erklärt hat. Die sich daraus von vornherein für Deutschland ergebende Benachteiligung wird nun dadurch gemildert, daß man einen Unterschied macht zwischen Soll-Produktionsziffern und tatsächlichen Absatzziffern. Die Soll-Produktionsziffer wird für jedes Jahr neu festgesetzt und beträgt für den Anfang etwa 26 Mill. Tonnen; als Schlussziffer sind 30 Mill. Tonnen zunächst vorgesehen. Dieser jeweils geschätzte Absatz wird auf die einzelnen Länder quotenmäßig wie folgt umgelegt:

Deutschland	43,18%
Frankreich	31,19%
Belgien	11,63%
Luxemburg	8,23%
Saargebiet	5,77%

Ueber die sich auf diese Weise ergebenden Sollziffern hinaus kann jedes Land soviel produzieren wie es will. Eine Aufteilung der Absatzgebiete bzw. ein Landeschutz ist nicht vorgesehen. (Das bekannte Saarabkommen, welches die Einfuhr gewisser Eisensorten nach Deutschland regelt, wird dadurch nicht berührt.) Der tatsächliche Absatz wird von Vierteljahr zu Vierteljahr festgestellt. Um nun den Zweck der ganzen Vereinbarung nicht illusorisch zu machen und eine schädliche Ueberproduktion zu verhindern, ist folgende interessante Regelung vorgesehen:

Zunächst zählt jedes Land pro Tonne erzeugten Rohstahls einen Betrag von 1 Dollar in eine gemeinsame Kasse. Für Ueberschreitungen der jeweils auf das Vierteljahr entfallenden Soll-Produktion ist von den betreffenden Ländern eine Abgabe von 4 Dollar pro Tonne in die Kasse abzuführen. Für Unterschreitungen der Produktions-Soll-Ziffer ist eine Vergütung von 2 Dollar pro Tonne vorgesehen. In der Praxis erfolgt die Abrechnung zunächst nur buchmäßig durch kostenmäßige Belastung bzw. Gutschrift. Ein Ausgleich sämtlicher Konten erfolgt am Schlusse eines jeden Jahres. Der in der Kasse dann verbleibende Betrag wird an die einzelnen Länder im Verhältnis ihrer Quoten zurückgezahlt. Für den Fall, daß nur Unterschreitungen, aber keine Ueberschreitungen der Quoten stattgefunden haben, ist die auf Minderlieferungen entfallende Vergütung nach oben begrenzt.

Durch diese, auf dem Gebiete des Verbandswesens neuartige Regelung wird folgendes erreicht:

1. eine Kontrolle der Produktion;
2. ein Ueberblick über die tatsächliche Absatzmöglichkeit und Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder;
3. der freie Wettbewerb bleibt gewahrt unter gleichzeitiger Ausschaltung der Gefahr einer zügellosen Ueberproduktion.

Auch auf dem Gebiete der Preisbildung hat man zunächst von bindenden Vorschriften, wie sie bei Kartellen üblich sind, abgesehen. Die Werke können ihre Preise stellen, wie sie wollen. Man wird aber den Hauptzweck der Verständigung, nämlich die Schaffung eines einigermaßen auskömmlichen Preisniveaus am Weltmarkte auf Grund des Thyssenschen Vorschlages automatisch erreichen, und zwar durch die oben erwähnte allgemeine Abgabe von 1 Dollar pro Tonne Produktion.

Das ist im wesentlichen der angenommene Vorschlag Thyssens. Mögen auch noch einige Fragen, wie die der Preisbildung offen bleiben, aus allem jedoch können unsere Kollegen ersehen, wie sich selbst die Mächtigen dieser Erde mit allen Mitteln stützen, um ihre Kapitalien gewinnbringender zu verwenden. Wenn die Mächtigen der Schwerindustrie sich immer fester untereinander organisieren, sollen dann die an und für sich Schwächeren, die Arbeiter, nicht das gleiche Mittel der Organisation viel mehr handhaben, um der Kraft des Kapitals die geschlossene Macht der Arbeit gegenüberzustellen?

### Die Berufsgenossenschaften als Unternehmerwerkzeuge

II.

Die Ausführungen des Verfassers über den Charakter der Berufsgenossenschaften als „Unternehmerorganisationen“, als Hort und Bollwerk des Unternehmertums sind zutreffend. Die ganze Praxis der Berufsgenossenschaften ist Beleg dafür, daß sie nicht verschwendertlich mit den Mitteln der Berufsgenossenschaft umgehen. Diese Ausführungen beweisen aber auch aufs neue, daß die Versicherten Recht haben, wenn sie diese Praxis mit einer starken Dosis gesundem Mißtrauen betrachten und bestrebt sind, eine stärkere Beaufsichtigung von Staatswegen und besonders stärkere Einflußnahme auf die Entscheidungen der Berufsgenossenschaften zu erreichen.

Aber auch nach einer anderen Richtung hin sind die Ausführungen des Verfassers interessant. Sie berichten, daß die Angaben vieler Arbeitgeber über die soziale Belastung übertrieben sind. Der Verfasser fragt: „Wie sieht es nun mit der

#### Berechnung der Klagen

über die Beiträge der Berufsgenossenschaften?“ und beantwortet dann diese Frage wie folgt: „Es ist unbedingt richtig, daß die Gesamtlast der Berufsgenossenschaften für 1925 erheblich höher

ist als im Jahre 1924 und auch höher als im Jahre 1913, also in der Vorkriegszeit. Die Erhöhung beruht in der Hauptsache auf der Zunahme der Entschädigungen infolge des zweiten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925, das die Leistungen weit über die Regierungsvorlage hinaus gesteigert hat. Die Berufsgenossenschaften und ihr Spitzenverband, der „Verband deutscher Berufsgenossenschaften“ haben es seinerzeit nicht daran fehlen lassen, ihre warnende Stimme zu erheben. Die Reichsregierung hat auch bei ihrer Vorlage der Rückficht auf die Wirtschaft Rechnung getragen, der Weltlauf der Parteien im Reichstag um die Gunst der Wählermassen hat es aber fertig gebracht, ebenso wie neuerdings wieder bei der Knappschafsnovelle, daß über die Vorschläge der Reichsregierung weit hinausgegangen wurde, so daß sogar der Reichsrat sich zu einem Einspruch und einer Mahnung von einer Ueberlastung der Wirtschaft veranlaßt sah. Die verursachte Mehrbelastung wurde dadurch noch verschärft, daß die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes, nämlich über die Aufwertung der alten Renten, schon am 1. Juli 1925 in Kraft traten, so daß nicht nur die laufenden Leistungen, die an die Post vorschussweise zu zahlen sind, eine bedeutende Steigerung erfuhrten, sondern auch noch ein halbes Jahr rückwirkend erhöhte Leistungen aufzubringen waren. Die aufzubringende Entschädigungslast erhöhte sich hierdurch für die Umlage des Jahres 1925 vielfach um das Doppelte und mehr gegenüber dem Vorjahr.

Neben der absoluten Höhe der Belastung, die für die gesamte Wirtschaft von größter Bedeutung ist, kommt es beim einzelnen

Betrieb aber auch auf das Verhältnis zur Lohnsumme an, denn die Lasten zur Sozialversicherung sind ja streng genommen ein Teil des Lohnes. Soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, machen die Beiträge zur Unfallversicherung für 1925 durchschnittlich etwa 1 Prozent der in diesem Jahre ausgezahlten Löhne aus. Das ist in vielen Fällen nicht viel mehr, in manchen Fällen sogar weniger wie in früheren Jahren. Um ein Beispiel herauszugreifen, so stellt sich der Beitrag bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft für 1925 auf 10,18 M für 1000 M Lohn (also fast genau 1 Prozent der Löhne) gegen 10,81 M für 1924 und 12,35 M für 1913. In den Jahren vor 1913 betrug er mehrmals über 15 und 16 Mark. Auch bei einem Vergleich mit den anderen Zweigen der Sozialversicherung scheidet die Unfallversicherung noch verhältnismäßig gut ab. Denn dem 1 Prozent für die Unfallversicherung stehen bei der Krankenversicherung allein etwa 6 Prozent, bei der Erwerbslosigkeit etwa 3 Prozent gegenüber, wozu dann weiter noch die Beiträge zur Invaliden- und Angestelltenversicherung kommen, die diejenigen zur Unfallversicherung ebenfalls erheblich übersteigen.“

Wichtig an diesen Darlegungen ist zunächst einmal die Feststellung, daß die so sehr bekämpfte „Belastung“ der Wirtschaft etwa 1 Prozent der Lohnsumme ausmacht und zum andern die Feststellung, daß die Lasten zur Sozialversicherung streng genommen ein Teil des Lohnes sind. Beide Feststellungen des Verfassers beweisen, wie unberechtigt der Kampf der deutschen Unternehmer gegen die Bau, sondern Ausbau der Sozialversicherung die Parole sein darf.

### Zu den kommenden Lohnverhandlungen in Nordwest

Die Metallarbeiterverbände haben für die Nordwestgruppe Eisen- und Stahl das Lohn- und Arbeitszeitabkommen gekündigt. Ueber diese Kündigung sind eine ganze Anzahl Unternehmerorgane, vorab die „Deutsche Bergwerkszeitung“, aus dem Leim geraten und überschlagen sich in oft unqualifizierbaren Anwürfen gegen Arbeiterschaft und Sozialpolitik. Das ist nun an und für sich bei diesen Blättern gar nichts Neues, aber die überaus große Schärfe, mit der sie bis heute in dieser Frage vorgehen, zeigt, daß doch etwas Besonderes vorliegen muß und daß man unter allen Umständen die Meinung der Deffentlichkeit derartig umbiegen muß, daß sie den wahren Sachverhalt nicht mehr sieht.

Es ist diesmal bei der Schwerindustrie nicht nur ihr obligatorischer Kampf gegen die kulturellen, berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft, sondern vor allem auch ein Ringen um eine gesicherte Aufwärtsentwicklung ihrer Kapitalrente, von deren Ertrag der Industrie alles, der Arbeiterschaft aber nichts zufallen sollte.

So hatte man die Sache ausgeknobelt und nun plakt in diese einseitige Mehrung schwerindustriellen Kapitals die Kündigung des Lohnabkommens, d. h. die Metallarbeiterchaft meldete ihren Anspruch auf die „befriedigenden Ergebnisse der Wirtschaftslage“ wie der Stahltrustprospekt sagte, auch mit an.

Sofort wurde in den Unternehmerorganisationen erneut etwas vom „Zerfall der Wirtschaft“ orakelt, die „ruhige Entwicklung“ (Welche? Die Red.) sei unterbrochen usw., ja die „Deutsche Bergwerkszeitung“ fragte sogar, ach, so unwissend, welche Gründe denn eigentlich die Gewerkschaften für ihr Vorgehen angeben könnten!

Ein von den Gewerkschaften anerkannter Erfahrungsfas sagt, daß erhöhte Löhne zu erzielen möglich ist, entweder durch Schmälerung des Unternehmergewinns oder durch Steigerung der Produktion. Was die Schmälerung des Arbeitgebergewinns anbelangt, so werden hier die Möglichkeiten der Lohnsteigerung immer mehr oder minder beschränkte bleiben. Für den einzelnen Arbeiter wird der so zu erzielende Vorteil nicht von wesentlicher Bedeutung sein können. Deshalb bekennen sich die Gewerkschaften um so entschiedener zu allen vertretbaren und mit der Menschenwürde des Arbeiters zu vereinbarenden höheren Arbeitsleistungen, weil hiermit die beste Möglichkeit zur Erlangung höherer Löhne und damit einer besseren Lebenshaltung gegeben ist. Freilich bedeutet die — durch technische und organisatorische Rationalisierung der Betriebe oder durch erhöhte Arbeitsleistung der einzelnen — gewonnene erhöhte Produktion an sich noch keine Lohnerhöhung.

Nun ist aber im ganzen Gebiet der Nordwestgruppe bei „größter Vereinigung“ der Belegschaft, d. h. einer Verkleinerung der Belegschaftsziffer eine ständig steigende Produktion herausgewirtschaftet worden.

Die Eisen- und Kohlenproduktion übersteigt sogar die Zahlen von 1913, wenn man den jetzigen deutschen Gebietsumfang zugrunde legt. Pro beschäftigten Arbeiter zeigt sich in dieser Industrie eine stets steigende Tendenz, die in der Roh-eisenerzeugung 106,9 und in der Rohstahlerzeugung 113,3 im Juni 1926 betrug gegen 100 an Leistung im Januar 1925.

Die drei wesentlichsten Erzeugungsgruppen der Schwerindustrie zeigen folgende Aufschwung:

	Roheisen- u. Stahl- erzeugung		Kohlenproduktion des Ruhrbergbaus	Produktion der Walzwerke
	Tonnen	Tonnen		
Mai	736 000	908 000	8 336 680	790 614
Juni	720 000	977 000	9 206 841	855 929
Juli	768 000	1 022 000	10 172 564	869 000

Solchen Produktions- und Leistungssteigerungen — die sich aus anderen Wirtschaftszweigen weitgehendst ergänzen lassen — stehen keine entsprechende Lohnerhöhungen der Arbeiterschaft und keine entsprechende Verbesserung ihrer Lebenshaltung gegenüber. Gegenüber 1913 stiegen nach den amtlichen Ermittlungen die Preise für Fertigwaren von 100 auf 144 im Juni 1926, die Preise für Produktionsmittel auf 143,5; die für Verbrauchsgüter auf 144,4. Die Lebenshaltungskosten verteuerten sich nach der amtl. Indexziffer von 100 im Jahre 1913 auf 142,5 im Juni 1926. Von Mai d. J. ab zeigt sich eine erheblich steigende Tendenz. Hingegen ist die Lohnbildung auf der ganzen Linie eine — und das ist bemerkenswert — rückläufige. Bereits im Mai d. J. bewegten sich selbst die Löhne der gelehrten Arbeiter (im gewogenen

Durchschnitt) nur mit einer Steigerung von 139,8 (bei 100 im Jahre 1913) gegenüber einer Steigerung der Lebenshaltungskosten von 139,9. Es werden sogar in den letzten Wochen Herabsetzungen der tatsächlich gezahlten Löhne in der Metallindustrie für Facharbeiter um 5 Prozent gemeldet.

Wir als christliche Metallarbeiter sind gewohnt, uns an der gesamten Wirtschaftslage zu orientieren und unsere eigenen Interessen an denen der Gesamtheit zu messen. Das ist uns mehr als einmal selbst von unseren industriellen Gegner konzediert worden.

Wie ist aber heute die Gesamtlage der Wirtschaft innerhalb der Nordwestgruppe?

Zu einer Schwarzmalerei liegt absolut kein Grund vor. Selbst industriell eingestellte Blätter beurteilen die Sachlage als günstig. Das „Magazin der Wirtschaft“ Nr. 33 schreibt von „recht erfreulichen Meldungen über zunehmende Beschäftigung im Bereich der Schwerindustrie. So heißt es, daß Kohlenzechen und einige Stahlwerke bis zu 100 Proz. ihrer Kapazität beschäftigt sind, daß die Inbetriebnahme von weiteren Hochöfen bevorsteht und daß laufend Neueinstellungen in verschiedenen schwerindustriellen Betrieben erfolgen.“ Im Prospekt der Vereinigten Stahlwerke heißt es: „Soweit die Gesellschaft die nächste Zukunft übersehen kann, reichen die zur Zeit vorliegenden...“ erwartenden Aufträge aus, ihren Hauptbetrieben nahezu volle Beschäftigung zu sichern.“ Direktor Baare sprach nach einem Bericht der „R. Z.“ (Nr. 608) davon, daß „wir wieder hoffnungsfreudig in die Zukunft sehen können.“ Bei der Belegung der Beschäftigung kommt dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung eine besondere Bedeutung zu. Einzelnen Werken ist, lt. „Der Deutsche“ durch den Auftrag an den Stahlwerksverband mit 500 000 Tonnen und einer Option von 150 000 Tonnen eine gewinnbringende Beschäftigung bis zum nächsten Frühjahr gegeben.

Die Wirtschaftslage innerhalb der Nordwestgruppe kann also als durchaus befriedigend angesehen werden. Trotzdem lehnt man jede weitere Lohnforderung als unbegründet ab, weil der Lohn höher liege als der Lebensmittellöhne. Das trifft jedoch, wie wir schon oben darlegten, im Durchschnitt überhaupt nicht zu. Aber wir müssen es auch grundsätzlich ablehnen, daß als Grundlage für eine Lohnabmessung lediglich der Lebensmittellöhne der Geltung haben soll. Ausschlaggebend für eine Lohnfestsetzung ist die Gesamtlage des industriellen Zweiges, die Leistungen der Arbeiterschaft und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. Zu einer solchen Betrachtungsweise hat sich die deutsche Schwerindustrie, trotz ihres meistens guten Geschäftsganges, nicht aufschwingen können. Der unsoziale Geist, der leider in der Nordwestgruppe vielfach herrscht, hat oft versucht, ihre Arbeiterschaft kulturell niedrig zu halten, keine hat den Weg der Sozialpolitik so mit Klagen über Wirtschaftszusammenbrüche begleitet, wie sie. Deshalb auch ihr Bestreben, den Lohn möglichst immer nur um das Existenzminimum herumpendeln zu lassen, eine Lohnbemessung, von der die englischen Metallarbeiter höhnend als von einer „Futterbasis“ sprechen.

Es klang wie ein Hieb, als uns die englischen Metallarbeiter im Bezirk Birmingham im Juli 1925 versicherten, daß die ersten Leute am Hochofen oder an der Walzenstraße pro Woche 8—12 Pfund (160—240 Mark) und der ungelernete Arbeiter 4—5 Pf. (80—100 Mark) pro Woche verdienen. Dabei kommt die englische Schwerindustrie an die deutsche nicht heran. Der tiefste Grund für solchen Lohn liegt aber darin, daß rund 80 Proz. der Metallarbeiter im Bezirk Birmingham organisiert sind.

Die Metallarbeiterchaft der Nordwestgruppe verlangt bei den jetzigen günstigen Stand der Werke und ihrer eigenen steigenden Arbeitsintensität mit Recht einen größeren Anteil an Sozialprodukt, am Lohn. Wenn jedoch die „Deutsche Bergwerkszeitung“ der Meinung ist, daß die Metallarbeiterverbände das Arbeitszeitabkommen deshalb kündigten, um mit Hilfe eines indirekten Druckes Lohnkonkessionen zu erreichen, so sei ihr zum Trost mitgeteilt, daß die Metallarbeiterverbände neben der Forderung eines höheren Lohnes grundsätzlich auch die Frage der Wiedereinführung der dreigestufigen Schicht aufrollen werden.

Unsere Kollegenschaft weiß jetzt, um was es geht. Die Schwerindustrie wird mit allen Kräften versuchen, ein Höherkommen der Arbeiterschaft zu verhindern. Nur regste Agitation und finanzielle Stärkung gibt die Gewähr, daß der Kampf zu unseren Gunsten sich entscheidet.

Kapitalismus und Volkstum

„Wesentlich ist, daß der Kapitalismus die ganze Volkswirtschaft nicht mehr bloß auf Deckung des Bedarfes, sondern auf möglichste Bereicherung des Einzelnen einstellt. Die Industrie attackierte immer mehr ins Uferlose, ins Unbegrenzte und suchte immer mehr Genüsse aufzundtügen, neue Absatzgebiete zu erobern. . . Das ist das Verderben des Kapitalismus. Der Kapitalismus hat sich aber auch in neuester Zeit noch dazu zur Plutokratie, zur Geldherrschaft, zu einem Mammonismus entwickelt, wie ihn nur die schlimmsten Zeiten des Heidentums gesehen haben. Er hat sich durch Monopole und Trusts und Konzerne der Preisbildung aller Lebensmittel bemächtigt und sich so die Möglichkeit geschaffen, ohne alle Rücksicht auf die Forderungen der Gerechtigkeit die Preise zu steigern und sich jeder Kontrolle darüber zu entziehen. . .

Seitdem die Plutokratie herrscht, mag über die Völker kommen was immer will. Es mag Friede oder Krieg oder Revolution sein, alles dient diesen Geldmächten zur Bereicherung, selbst die bitterste Not des Volkes bietet ihnen eine neue Möglichkeit, ihre Herrschaft zu befestigen.

Aus dem letzten Hirtenspruch der österreichischen Bischöfe.

Ist die Rationalisierung auf dem richtigen Wege?

Die Frage der Rationalisierung läßt die Wirtschaft nicht mehr los. Aber der Eifer ist doch oft zu stürmisch gewesen. Die Folgen davon sind eine Anzahl Fehler, aus denen man hoffentlich lernen wird. Die „Kölnische Zeitung“ vom 18. Juli kommt in einer bemerkenswerten Auslassung auf dieses Problem zu sprechen.

Fast jeder Tag läßt in der deutschen Wirtschaft neue Maßnahmen entstehen, die aus dem Streben nach Produktionsvereinfachung und rationaler Arbeitsweise entstanden sind. Die technische Seite der Rationalisierung hat zweifellos weitere Fortschritte gemacht. Es fehlt an Raum, in diesem Zusammenhang über die fortschreitenden Arbeiten auf den wichtigen Gebieten der Normung, Typisierung usw. zu sprechen. Erwähnt sei aber, daß die Tätigkeit der damit sich befassenden Stellen, besonders des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit und seiner verschiedenen Ausschüsse sich ständig verbreitert hat und weitestgehender Beachtung und Unterstützung wert ist. Es muß insbesondere darauf hingewiesen werden, daß es ganz unangebracht ist, wenn aus Konkurrenzbesürchtungen oder vermeintlichen Prestige Gründen der Erfundungstätigkeit dieser Stellen nicht die erforderliche Offenheit entgegengebracht wird. Nur durch reichhaltigste Erfahrungen auf allen Gebieten der Wirtschaft lassen sich diejenigen einheitlichen Regeln ermitteln und in solche Formen bringen, daß danach mit praktischem Nutzen gearbeitet werden kann. Sie sollen zur Erfassung möglichst gleichartiger Wirtschaftsgüter und Wirtschaftsvorgänge führen, dadurch an menschlicher Arbeit sparen und zur größeren Wirtschaftlichkeit der Produktion beitragen. Dabei sollte man sich auch dort, wo ähnliche Ermittlungsarbeiten schon im Gange sind, z. B. innerhalb der Verbände, möglichst dazu verstehen, mit den erwähnten Ausschüssen des Reichskuratoriums Hand in Hand zu arbeiten, um Doppelarbeit zu vermeiden.

Dah bisher

auf dem Gebiet der technischen Rationalisierung Fehler

gemacht worden sind, geht aus mancherlei Feststellungen hervor, so z. B., wenn jüngst im Geschäftsbericht einer bekannten Firma der elektrischen Verfeinerungsindustrie mitgeteilt wurde, daß man die Fließarbeit für bestimmte Ergebnisse wieder eingestellt habe, weil die dadurch erzielte Produktionssteigerung nicht dem Absatz entsprach. Das zeigt doch, daß die Umstellung nach unrichtigen Grundföhen vorgenommen war. Ähnliches hörte man mehrfach aus der Automobilindustrie, wo anfangs ziemlich systemlos und uneinheitlich vorgegangen wurde. Erst neuerdings heißt es, daß in nicht zu ferner Zeit die Verteilung des Typenbaus und das vorgesehene Normungsprogramm durchgeführt werden und so eine Preislenkung erwarten lassen. Das man nicht an die amerikanischen Produktions- und Absatzverhältnisse herankommen könne, wird offen erklärt, und es ist gut, daß in dieser Richtung Wassen in den Wein gegossen wird und überspannte Hoffnungen auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Sehr wenig Einheitlichkeit scheint auch in den Rationalisierungsarbeiten der Banken zu bestehen, wie aus einem kürzlich gehaltenen Vortrag von Direktor Schöle (Berlin) hervorging. Wenn eine Anzahl verschiedener Systeme zur technischen Verbesserung angewandt wird, so erschwert das naturgemäß den Verkehr der Banken untereinander und verhindert die Erzielung wesentlicher Ersparnisse.

Mit der technischen Rationalisierung allein kann es natürlich nicht sein Bewenden haben. Nach einer sehr treffenden Formulierung von Professor M. J. Bonn ist Rationalisierung nicht ein rein technischer Vorgang, sondern eine geistige Erfassung und Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Man kann sie nicht in den Fabriken betreiben und auf den Märkten vernachlässigen. Damit kommen wir zu der mindestens gleich wichtigen

Rationalisierung des Absatzes.

Organisatorisch ist hier gewiß manches geschehen. Ueber die Bildung von Spezialisierungs- und Verkaufsgemeinschaften brachte die vor einigen Wochen veröffentlichte Denkschrift des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten interessantes Material. Gegenüber den günstigen Erfahrungen, die man zum Teil mit diesen Vertriebsorganisationen gemacht hatte, wurden auch Mißerfolge festgelegt, und es ist von unbefriedigbarem Wert, daß sie in der erwähnten Schrift rückhaltlos angegeben und auf ihre Ursachen hin untersucht wurden (z. B. Schwierigkeit der Leitung solcher Verkaufszentralen,

Nebenverkäufen der einzelnen Fabriken unter Zugeständnissen, die der Zentrale unterlagt sind, mangelhaft verteilt und daher sich überschneidende Fabrikationsprogramme einzelner Fabriken, wodurch neuer Wettbewerb entsteht, der durch den gemeinsamen Verkauf gerade vermieden werden sollte).

Rundschau

Prälat Mosterts †

Der bekannte Generalpräses der katholischen Jugend- und Jungmännervereine Deutschlands ist am 25. August an einem Herzschlag verschieden. Mit ihm sinkt einer der ganz großen Jugendführer ins Grab.

Prälat Mosterts war einer der wenigen Jugendführer im neuen Deutschland, der mit klarem Blick die Aufgaben erkannte, die der katholischen Jugendvereine nach dem Kriege erwuchsen und auch die nötige feste Hand besaß, um neue an einen so starken katholischen Jugendverband herantretende Forderungen in kürzester Zeit zu bewältigen und so erfüllen zu können, daß sie für alle Zukunft Gestalt und Form annahmen. Es war nicht so einfach, aus einem rein kirchlichen Vereinsverband eine Organisation zu schaffen, die bei allem Festhalten an Ueberlieferung doch so viel Elastizität zur Aufnahme gesunder Neuerungen erhielt, daß der Bestand der Jugendvereine über eine schwere Krise hinweg gesichert blieb, ja sich wieder zu neuer Blüte emporrang.

Der Verstorbene hielt treue Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften, was er bei dem letzten großen Jugendtag in Essen vor aller Welt dokumentierte. Auch unser Christlicher Metallarbeiterverband wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Und die Werkspensionäre?

Die Frage der Hilfsnahme für die Werkspensionäre ist endlich ins Rollen gekommen. Die intensive Arbeit der Gewerkschaften, vor allem unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes, ist nicht ohne Wirkung auf die Regierung geblieben. Der preussische Handelsminister gibt durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst folgende Meldung bekannt:

„Wie bereits in der Presse amtlich mitgeteilt worden ist, ist die Reichsregierung auf Grund einer Entschliessung des Reichstages vom 30. April 1926 zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums zur Zeit damit beschäftigt, die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse der Werkspensionisten klarzustellen. Die zuständigen preussischen Ministerien sind dabei beteiligt. Erst wenn das Ergebnis dieser Ermittlungen vorliegt, ist eine Stellungnahme des Staatsministeriums bezüglich der zur Abhilfe einzuschlagenden Wege möglich.“

Hoffentlich lassen die Ergebnisse der Ermittlungen nicht zu lange auf sich warten. Unser Verband wird, was ihn anbelangt, schon den notwendigen

Wohin eine Ueberproduktion führen kann

Amerikas Wirtschaft, heute die vermeintliche Lehrmeisterin der Welt, sieht sich von außen vielleicht ganz passabel an.

Die Zahlen über Produktion und Reallohn sind ohne Zweifel bestechend; daneben aber gibt es auch Zahlen, die wesentlich anders aussehen und die für die amerikanische Arbeiterschaft keine gute Zukunft versprechen. Wir meinen die Uebersteigerung in der amerikanischen Industrie. Nicht immer ist das Gegenstück das Gesunde und hinter einer stolzen Fassade kann das andere Gemäuer schon anfangen, zu bröckeln.

So ertönt denn heut bereits der Ruf nach dem Schutz gegen die Ueberproduktion und nach einer Wirtschaftspolitik, deren höchster Zweck im Wohl aller, und nicht nur in Höchstproduktion und Höchstexport liegt.

Die Ueberproduktion der Wirtschaft der Vereinigten Staaten zeigt sich vor allem in der Eisen- und Kohlenindustrie. Es können z. B. 40 Prozent der Kohlengruben ihren heutigen Leistungen nach und bei dauernder Beschäftigung von nur 75 Prozent der jetzt tätigen Belegschaft den gesamten Kohlenbedarf einschließlich Export bewältigen. Ebenso ist hier die Eisen- und Stahlindustrie in der Lage dem vollen Jahresbedarf in sieben Monaten zu entsprechen. Was insgesamt an Fensterglas im Lande verbraucht wird, kann die Glasindustrie in 17 Wochen liefern. Von den 1542 Schuhfabriken in den Vereinigten Staaten liefern zurzeit 14 Prozent dieser Betriebe rund 65 Prozent des gesamten Schuhbedarfs. Unabhängig aber von diesen 14 Prozent leisten 47 Prozent der Schuhfabriken 32 Prozent der Gesamtproduktion und diese könnten ihre Leistung von 47 Prozent auf 70 Prozent erhöhen. Die Uebersteigerung der industriellen Entwicklung zeigt sich in diesem Fall besonders kraft und bedeutet die Ursache von neun Zehnteln der Arbeitslosigkeit, die selbst dadurch nicht gemildert wird, daß 38 Prozent der Schuhfabriken (konservativ-systematisch) nur 2 1/2 Prozent der gesamten Produktion liefern. Gerade diese Tatsache zeigt, daß das amerikanische Geschäftssystem Wirtschaftskrisen geradezu bedingt und man wird der weiteren Entwicklung der gewiß nicht ohne Sorgen entgegensehen. Aber trotz dieses ernststen Problems der Ueberentwicklung auf einzelnen Gebieten ist und bleibt dennoch das Problem der allem. Produktionssteigerung pro Kopf das Grundproblem für die Lösung des industriellen Problems überhaupt, da in ihm Einzelinteresse und Masseninteresse einander durchdringen.

Der Arbeitsminister der Vereinigten Staaten führt zur Charakterisierung des industriellen Fortschritts nachstehendes Beispiel an: „Es interessiert mich nicht übermäßig, daß vor langen Jahren 1850 in den Holzkohlenöfen, wo die ganze Arbeit der Roheisengewinnung Handarbeit war, die Förderung pro Mann nur 25 Zentner betrug; aber es interessiert mich, daß sie im Jahre 1904 470 Zentner, im Jahre 1909 671 Zentner, im Jahre 1919 811 Zentner und heute 1179 Zentner beträgt. Es interessiert mich, daß wir im Jahre 1919 mehr Zentner Roheisen förderten und weniger Leute dabei beschäftigten als 1909. Im Jahre 1891 erforderte es 14 bis 16 Stunden von der Arbeitszeit eines Mannes, um 1 engl. Tonne Roheisen herzustellen. Heute erfordert es im östlichen Bezirk zwei Stunden und 18 Min., während es in Pittsburgh und Chicago 1 Stunde und 54 Min. und in den Süd- und Goldstaaten 4 Stunden und 30 Min. erfordert.“

Vergewöhnlich man sich daraufhin die Wertsteigerung der industriellen Waren in den Ver. Staaten im Jahre 1923 um 38 1/2 Prozent gegen den Wert der Produktion von 1921 — in Mengen ausgedrückt um 19 Proz. mehr als im Jahre 1919 —, so wird man nicht umhin können, diese Vermehrung der Werte in ihrer Auswirkung auf die Lohngestaltung zu betrachten. Die tatsächliche Zahl der Lohnempfänger betrug 1923 28 763 233, d. h. 26 Prozent mehr als im Jahre 1921. An Löhnen wurden

Damit dahintersehen, daß den Werkspensionären geholfen wird. Auf die Lohnfrage kommen wir ausführlich in nächster Nr. zu sprechen.

Merktblatt für deutsche Unternehmer

Eine Lohnliste mit der Aufschrift: „Ford Motor-Company Berlin-Plöcken“. Der Text befaßt über die Lohnaufstellung der Woche vom 16. bis 22. August folgendes:

Table with 2 columns: Item (Wochenlohn, Steuer, Invalidenversicherung, Krankenkasse, Erwerbslosenfürsorge) and Amount (90,- M, 6,60 M, 0,70 M, 3,60 M, 1,35 M 12,25 M). Total: 77,75 M.

Natürlich ist das ein Wochenlohn für qualifizierte Arbeiter, die eine dreißig bis vierjährige Lohzeit hinter sich haben. Aber auch die Lohnsätze für ungelernte Arbeiter sind recht ansehnlich. Ford zahlt in seinem Berliner Werke neuneintzig Arbeitern, ganz gleich, was sie vorher waren, einen Tageslohn von 13 M, also 78 M wöchentlich brutto.

Und immer noch produziert Ford dabei in Berlin billiger als in Amerika. Aber das deutsche Unternehmertum?

Die Herren der Reaktion

Sie lassen sich den traurigen Ruf nicht freitig machen, Schrittmacher der sozialen Reaktion zu sein, nämlich die Herren der Schwerindustrie. Wird irgendwo eine Lohnbewegung gemacht, ganz gleich in welchem Zwecke, flugs ist die Schwerindustrie dahinter her und sucht sie abzurosseln. So war es bei der letzten Lohnbewegung der Bauarbeiter, so ist es jetzt sogar bei der Lohnbewegung der Bäckerarbeiter, deren sich die Schwerindustrie „liebvoll“ annimmt. Der „Vorwärts“ vom 26. August, dem das Material bekannt ist, schreibt dazu:

Der Lohnschiebspruch für Wägereiarbeiter Essens, der vom Schlichter am 1. Juni 1926 gefällt wurde und die alten Löhne wieder in Kraft setzte, wurde von dem Wärefabrikantenverband abgelehnt, da dieser Schiebspruch ihre Pläne auf Abbau der Löhne nicht erfüllte.

Welch treibende Gruppe aber auch hier dahinter stand, mußte die Organisation der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter allzuhalb erfahren. Sie kam in dem Besse zweier Schreiben, das eine von der Austauschstelle der Rheinisch-Westfälischen Bezirksarbeitsgeberverbände und das zweite vom Arbeitsgeberverband der Nordwestlichen Gruppe (Schwerindustrie). Diese Gruppe verlangt mit Nachdruck, daß auch ein Lohnabbau für die Wägereiarbeiter durchgeführt werden müsse. Das Schriftstück dieses Unternehmertums ist so ungeheuerlich, daß wir nur einen Vorstoß anführen, der gelegentlich in der Verhandlung vor dem

1923 gezahlt 10 985 895 000 Dollars bei einem Zuwachs gegenüber 1921 um 34 Proz. Die im Jahre 1923 über die Kosten des Rohmaterials hinaus geschaffenen Werte werden amtlich mit 25 833 151 000 Dollars befristet, und das bedeutet einen Zuwachs um 41 Prozent gegenüber 1921. Die Zunahme der Lohnempfänger aber betrug im gleichen Zeitraum nur 26,2 Prozent bei gleichzeitiger Vermehrung der Lohnsummen um 34 Prozent.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die Arbeitslöhne effektiv einen starken Anteil am steigenden Wohlstand des Landes beanspruchten. Die Leistung des amerikanischen Arbeiters meißt seit 1916 eine Steigerung der Produktion um 25,1 Prozent auf bei gleichzeitiger Lohnverhöhung um 48,5 Prozent.

Welche Bedeutung nun dem Verbrauchereigentum an gemeinnützigen Unternehmen zukommt, zeigt das Ergebnis einer dreiwöchigen Bemühung der New-York-Centraaleisenbahn um Aktienzeichnung unter den Angehörigen dieser Gesellschaft. Das Ergebnis war, daß 41 570 Angestellte der Bahn Aktien gezeichnet hatten und daß der planmäßig aufgelegte Betrag um 176 Prozent überzeichnet war. Ein anderes Beispiel: Die Zeichnung auf Vorkursaktien von drei Telephon-Unternehmensgesellschaften ergab 118 799 Zeichner mit insgesamt 733 676 Aktien. Unter den Zeichnern befanden sich 2627 Buchhalter, 527 Barbieri, 10 774 Büroangestellte, 21 626 Hausfrauen, 24 317 Arbeiter, 1043 Bauhandwerker, 4101 Stenographen, 468 Schneider, 498 Hausangestellte usw. Jedenfalls weist die Statistik dieser Zeichnung 98 verschiedene Berufsklassen auf (wie Wächter, Feuerwehrleute, Klempner, Pförtner, Leichenbestatter, Künstler, Stukkateure, Modellistler, Zigarettenmacher usw.), die 74,3 Prozent der oben angeführten Zeichner darstellen, und zwar mit 76,3 Prozent der gezeichneten Aktien. Solche Beispiele können zu Duzenden angeführt werden. Sie beweisen nicht nur die unauffhaltsame Bewegung in der Ausbreitung des Kapitals — sie zeigen vor allem die Richtung für die Lösung des Industrieproblems in den Vereinigten Staaten überhaupt.

Daß man mit der Zunahme der Vermehrung der Werte und damit tatsächlich einer industriellen Ueberentwicklung, d. h. neuen Schwierigkeiten entgegengeht, dessen sind sich die führenden Kreise in den Ver. Staaten voll bewußt. Und diese Sorgen sind es, die hier den einzelnen aufrufen, sich von ererbten Vorurteilen mit Bezug auf eigenmächtige Verfügung über das persönliche Eigentum zu befreien und dadurch die gegenfeitigen sozialen Beziehungen — also das Staatsbürgerum zu schützen.

Das Problem der Kapitalanlage von Lohnempfängern aller Art ist hier somit zu einer wirtschaftspolitischen Frage erster Ordnung aufgerückt. Und wenn die Lohnempfänger dieses Landes erst einmal von der Ehrlichkeit ihrer Gesellschaften überzeugt werden, d. h. Zutrauen zu dem Instrument, das ihnen in der wirtschaftlichen Demokratie des Landes entsteht, gefunden haben werden, — dann werden sich auch die Mittel dazu finden, das Instrument zur Bekämpfung von Krisen als Folge der Marktfälligkeit anzuwenden. Kurz, es besteht tatsächlich hier ein Bedürfnis nach einer ausgleichenden Instanz, um die Ueberproduktion auf einzelnen Gebieten herabzusetzen. Um so verständlicher ist auch die Furcht vor Ueberproduktion als das heutige Schisma der Regulierung in der Industrie keine Maßnahmen zur Einschränkung dieser Gefahr zuläßt. Nach Henry Ford aber gibt es so etwas wie Ueberproduktion einer Ware nicht, solange nicht jeder arbeitsame Mensch alles hat, was er braucht, und zwar zu denkbar billigsten Preisen. Und dieser Autokrat beweist es mit der Tat, daß er durch die Billigkeit seiner Produktion immer neue Arbeitsmöglichkeiten schafft — einer, dem die Furcht vor Ueberentwicklung seiner Industrie unbekannt ist. Aber — wie lange noch?

Die Gleichgültigen stärken die Reaktion

Eine gut besuchte Versammlung in O. Aber in einem Nebenraum der Wirtschaft des Lokales sitzen trotz der Versammlung eine Reihe Kollegen, die lieber Skat spielen, als sich an der Versammlung beteiligen.

Sind das nicht im allgemeinen auch die Mörder über Vorstand und Führer?

Was kann der Führer? Der Führer erreicht nur soviel, als die Kraft der Kollegenschaft stark ist. Ist die Kollegenschaft gleichgültig, indifferent, kann der Führer nur wenig erreichen. Umgekehrt aber kann er ungeheuer viel erzielen.

Die Kollegenschaft vergißt viel zu häufig, daß sie selbst den Verband darstellt und daß der Führer auch nur ein Glied des Ganzen ist, wie jeder andere Kollege auch. Nicht mehr, nicht weniger.

Gerade die Gleichgültigen sind es aber, die am ehesten auf den Führer schimpfen, der versagt haben soll. Aber dabei sitzen sie und spielen Skat, schwänzen die Versammlung und räsonnieren.

Diese Gleichgültigen helfen dem Unternehmertum. Arbeit jeder daran, daß aus den Gleichgültigen ganze Kollegen werden.

Reichsarbeitsminister zur Verbindlichkeitserklärung von ihrem Syndikus, Herrn v. Hülow, gemacht wurde; er wollte für die unterste Stufe, für die Arbeiterinnen mit einem Stundenlohn von 14 Pf. beginnen.

„Dem Arbeiter muß sein Betrieb menschlich näher gebracht werden“, war das Lösungswort auf der Gründungsversammlung der Dmta. Die Schwerindustrie ist redlich an der Arbeit, den Arbeitern auch weiterhin den Betrieb zu vereiteln.

Selbstrenn und Sowjetstern

Beide haben sich anscheinend sehr gern, denn sonst wäre ja eine „Arbeiterdelegation“ unter Führung des bekannten Selbenerhauptsänglers Geisler nach Moskau gar nicht möglich gewesen. Auf besondere Einladung Moskaus natürlich. Geisler macht in der „Deutschen Illustrierten“ Nr. 29 noch seiner kühnsten politischen Reden für Sowjetrußland.

In Deutschland haben die Herren Kommunisten die Reise dieser gelben Arbeiterdelegation unterschlagen; sie schien selbst für ihre treuesten Schafe zu tolle Kost zu sein. Es hätte aber doch was gefehlt, wenn diese gelbe „Arbeiterdelegation“ nicht zu ihrem Stammsiedel nach Moskau gefahren wäre, um so ihre Weisheitsweisheit zu dokumentieren. Es würde uns gar nicht wundern, wenn bei den zahlreichen Banketts zu Ehren der deutschen Selben auch folgende Rede gehalten worden wäre:

„Deutsche gelbe Kameraden! Moskau grüßt Euch! Endlich reisen wir den Sektor weg, der unsere Gemeinamkeit vor den Augen der Welt verdeckt. Mit Stolz rufen wir es in alle Welt: Selbst und Sowjetrußland gehören zusammen, untrennbar zusammen. Moskau wird es nie vergessen, daß eure deutschen gelben Kameraden den besten Boden abgeben, auf dem sich der Kommunismus herrlich entfalten konnte. „Duta yaffelinen“ haben eure Weiber und Feinde euch genannt; aber dieses Wort ist ein Ehrenkittel! Außen wart ihr gelb und eure Schale säufte die Kapitalistenbrut über einen wahren roten Kern hinweg, die Kapitalistenbrut, die noch so blödsinnig war, euch Gelder zur Verfügung zu stellen. Schafft, arbeitet in Deutschland! Seid aber auch klug wie die Schlangen. Derwertet geschickt den Mantel des Nationalismus! Wie in der Vorkriegszeit vor krummer Rücken das Unternehmertum geschickt säufte, so sucht jetzt mit nationalstiftlichem Kummel die deutschen Arbeiter sich einzufangen. Der Segen Moskaus begleitet euch! Wo ihr seid, werden auch wir sein. Selbstrenn und Sowjetstern Hurra, Hurra, Hurra!“

Wie schon gesagt, wir würden uns gar nicht wundern, wenn Herr Zomski, Chef aller sowjetistischen Gewerkschaften, eine solche oder ähnliche Rede gehalten hätte. Er würde damit ja auch nur den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Im übrigen aber ist die Reise der gelben Arbeiterdelegation nach Moskau ein weiterer Beweis dafür, daß Selbst und Rot „ap ewig angebeckt“ sind.

Aus der Wirtschaft

Das größte Walzwerk der Welt in Bochum

Die Neuanlagen des Bochumer Vereins in Hüntrop sind nunmehr fertiggestellt worden. Sie bedecken eine Fläche von 80 000 Quadratmeter. Das Walzwerk selbst ist das größte der Welt. Es besteht aus drei riesigen 400 Meter langen Hallen. In das Walzwerk schließt sich ein Stahlfabrikat an, das 60 Meter lang und 30 Meter hoch ist. In der Nähe dieser Anlagen befinden sich noch zwei 70 Meter hohe Gasföhrer. Die Brennstoffversorgung dieses Wertes erfolgt nicht durch Kohle, sondern durch Koks und Hochofengas.

Die Transaktion Demag - Ver. Stahlwerke

In der letzten außerordentlichen G.M. der Deutschen Maschinenfabrik A. G., Berlin-Duisburg, berichtete Dr. Kemmer über die Verhandlungen mit den Vereinigten Stahlwerken A. G.: Nachdem es der Verwaltung bekannt geworden war, daß die Ver. Stahlwerke den Grundbesitz verfolgen wollten, sich ausschließlich auf die Eisenerzeugung zu legen und die Eisenerzeugung der Fertigungsindustrie zu überlassen, leitete die Gesellschaft Besprechungen mit den maßgebenden Organen der Ver. Stahlwerke ein. Diese führten zu einer Verständigung, die auf eine Loslösung der Maschinenherstellung von den Ver. Stahlwerken und ihre Übertragung auf eine neue Gesellschaft abzielte. Das neue Unternehmen, das die Firma „Demag-Aktiengesellschaft“ führen wird, soll mit einem K. von 25 Millionen Reichsmark ausgestattet werden, von denen 17 500 000 Reichsmark Aktien der Deutschen Maschinenfabrik und 4 500 000 Reichsmark Aktien der Ver. Stahlwerke zufallen, während die restlichen 3 Millionen Reichsmark Aktien zur Beschaffung der vorläufig notwendigen Betriebsmittel von den Ver. Stahlwerken abzufordern sind. Demag-A.G. wird 13 Millionen Reichsmark Gewinnausschüttung erhalten, die mit denselben Rechten sowohl am Gewinn, wie am Vermögen der neuen Gesellschaft, wie die Aktien, jedoch ohne Stimmrecht ausgerechnet und den Ver. Stahlwerken überlassen werden. Die Ver. Stahlwerke und die Deutschen Maschinenfabrik zuzulassenden Aktien und Gewinnausschüttung stellen die Segensworte für die von ihnen in die neue Gesellschaft einzubringenden Kapitalwerte dar. Die Übernahme der Materialien, Halb- und Fertigfabrikate erfolgt gegen Barvergütung.

Während die Ver. Stahlwerke die Maschinenfabrik Thyssen und das bisherige Fabrikationsprogramm der Maschinenfabrik Friedrich-Wilhelm-Hütte in die neue Deutsche Maschinenfabrik übertrugen, wird die Verwaltung der Thyssen und Thyssen übernehmen die Muttergesellschaften. Die neue Demag A. G. soll das gesamte Maschinengebiet, das bisher von der Deutschen Maschinenfabrik und der Ver. Stahlwerke bearbeitet wurde und auf die einzelnen Maschinenfabriken der beiden Gesellschaften verteilt war, in ihren einheitlichen Betrieb zusammenfassen.

Der Zweck des ganzen Zusammenschlusses ist es, die Möglichkeit für eine rasche Umsetzung des Erfindungen, Patente, Verbesserungen, Betriebsorgan-

nisationen usw. zu schaffen, sowie die Spezialisierung und die bestmögliche Verwertung der leistungsfähigsten Werkstätten, Maschineneinrichtungen usw. durchzuführen. Es ist zu erwarten, daß das neue große Unternehmen sowohl konstruktiv wie fabrikationsmäßig eine hervorragende Qualitätsarbeit zu Preisen liefern wird, die auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sein werden. Die neue Gestaltung, deren Aufbau der freien, selbständigen Entwicklung der in ihr tätigen Kräfte vorbehalten bleibt, zeigt einen Weg, wie im Interesse der gesamten Eisenindustrie eine wirtschaftliche Abgrenzung der Arbeitsgebiete der beiden verbundenen Industriezweige erzielt werden kann.

Von diesen Ausführungen nahm die G.M. zustimmend Kenntnis und erteilte dem A. und Vorstand die Ermächtigung, alle Maßnahmen zu treffen, die zur Durchführung der Transaktion notwendig sind. Ueber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres wurde mitgeteilt, daß in den letzten Monaten eine Besserung in der Beschäftigung eingetreten sei. Insbesondere habe man im Juli einen größeren Auftrag auf Vließerung von Hafenanlagen nach Buenos-Aires im Betrage von über 4 Millionen Reichsmark herbeizulassen können. Man hofft, daß dies der Anfang zu neuem Aufstieg sei. Zur Zeit liegen Aufträge vor, die Beschäftigung für einige Zeit garantieren.

Industrie und Bankkapital

Das Bank- und Börsenkapital gewinnt gegenüber der deutschen Industrie immer mehr an Einfluß. Welche Macht das Bankkapital darstellt, ergab sich beim Zusammenbruch des Stinneskonzerns, dessen gute Anlagen selbst der Aufsicht verfallen mußten, weil die Großbanken es wollten. „Die Aga (bekanntes Automobilwerk des Stinneskonzerns) wird nicht saniert“, dokumentierte damals Goldschmidt von der Diskontgesellschaft. Dreitausend Arbeiter stiegen auf Pfahler, was Kummerthas Herrn Goldschmidt. So ist die Hochfinanz. Ueber den Einfluß dieser Kräfte auf die Industrie schreibt ein deutscher volkswirtschaftlicher Fachmann in der Bankausgabe des „Mansfelder Guardian“:

„Es kann heute ohne Uebertreibung gesagt werden, daß die Banken einen gewaltigen Einfluß auf die deutsche Industrie besitzen. Sie haben die Stellung, die sie vor dem Kriege innehalten, wieder gewonnen, so aber, daß sie nur sehr selten als Gründer oder Teilhaber erscheinen, vielmehr auf die Gewährung von Krediten einen Einfluß ausüben, der zwar indirekt, deshalb aber nicht weniger wirksam ist. Durch ihre Entscheidung über die Kreditgewährung sind die Banken in der Lage, bei den allermeisten Industrieunternehmen über Sein oder Nichtsein zu be-

stimmen. Daß große und weltberühmte Konzerne ihre Unabhängigkeit dadurch aufrechterhalten haben, daß sie Kredite im Ausland ohne Vermittlung deutscher Banken erhielten, zeigt nur noch deutlicher die Lage, in welcher sich die große Masse der deutschen Industrieunternehmen befindet.

Selbstverständlich suchen die mittleren und kleineren Unternehmen neue Wege zur Lösung des Kreditproblems ohne Hilfe der Banken. Zum Teil versuchen sie, Spezialbanken zu gründen, die den Anforderungen der einzelnen Industrien angepaßt sind. Aber diese Banken sind nicht zu irgendwelcher Bedeutung gelangt, nur in besonderen Fällen, so in der Textil- und Brauindustrie, wurden Erfolge erzielt, besonders wenn die Spezialbank durch irgendeinen großen Konzern gestützt wurde. In der Automobilindustrie erlangten die Spezialbanken Bedeutung, indem sie mit Hilfe fremden Kapitals versuchten, das Abzahlungsgeschäft zu finanzieren. So oft die Banken sich in Kreditgeschäfte nicht einlassen wollen, und so oft Kredithilfe vom Ausland nicht zu erhalten ist, wenden sich die Unternehmungen an das Reich, an die Einzelstaaten oder an Gemeinden. So war es besonders bei der Eisen-, Maschinen-, Lokomotiv- und Schiffbauindustrie, welche außerordentlich schwer unter der Wirtschaftskrise litten. Wahrscheinlich wird der festverankerte Einfluß der Banken in Zukunft noch zunehmen, weil nämlich, sobald eine wirtschaftliche Neubebauung eintritt, der Kapitalbedarf in einer großen Anzahl von Industrien stark wachsen wird. Dann wird zur Kreditgewährung noch die Ausgabe neuer Anteilsscheine hinzukommen, was sich in der weiteren Stärkung der Machtstellung der Banken auswirken wird.“

Die Industrie, die zwar über den Bankeneinfluß klagt, wagt aber auch nicht im mindesten, sich in etwa dem Drängen der Hochfinanz entgegenzusetzen. Die Arbeiterschaft wird aber eines Tages einsehen, daß nicht das Produktivkapital, das in den Werken schafft und wirkt, ihr gefährlicher Gegner ist, sondern die Hochfinanz, die unsichtbar Konjunkturen beeinflusst und selbst Arbeitslosigkeit schafft, wenn sie damit verbunden kann. Am merkwürdigsten ist, daß der Sozialismus gegen diese Hochfinanz einen Klassenkampf auf Pfahlpantoffeln und mit langer Peitsche führt.

Befanntmachung

Sonntag, den 5. September, ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

Rationalisierung und Arbeiterschaft

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 388 bringt an leitender Stelle einen Artikel ihres sozialpolitischen Schriftleiters Dr. Pöhl über die Frage „Rationalisierung und Arbeiterschaft“. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, der man sicher keine Unternehmerrhetorik nachsagen kann, untersucht mit bemerkenswerter Objektivität diese Frage und gelangt zu dem Kernpunkt, daß der Arbeiter als verantwortliche Objekt zu der Lösung der Rationalisierung herangezogen würde. Wir geben diesen Aufsatz im Auszug wieder.

Die Aufgaben, die der Betriebsgemein-schaft verbleiben, sind immer zahlreich und schwerer. Daß die guten Gedanken des Betriebsrätegesetzes, die freilich erst von manchen in den letzten Jahren angefangenen Schlacken zu reinigen sind, noch immer ihrer Erfüllung harren, haben wir schon mehrfach betont. Heute wollen wir nur ein Problem ansprechen, daß sich bei der Lösung durch eine wirklich ernstgemeinte Werksgemeinschaft sehr wertvoll zu sein scheint. Wir meinen die Beteiligung des Arbeiters an den Rationalisierungsmaßnahmen der deutschen Wirtschaft. Es ist bekannt, daß die Gewerkschaften seit Jahren sich als Vorkämpfer einer technischen und organisatorischen Rationalisierung ausgespielt haben. Die Gründe dieser Politik, die wohl vielfach in tatsächlichen Abwehrversuchen gegen sozialpolitische Unternehmerforderungen zu finden sind, wollen wir hier nicht unteruchen. Jedenfalls wird man anerkennen müssen, daß die psychologische Stellung der Arbeiterschaft in diesem Umstellungsprozeß weitaus stärker ist, als wenn sie die Gewerkschaften - etwa nach Analogie der ersten maschinenstürmerischen Gewerkschaften - in Opposition gegen jeden technischen Fortschritt verhalten hätten. Man wird es auch als ein Zeichen volkswirtschaftlicher Einsicht verzeichnen dürfen, daß heute aus Arbeiterkreisen kaum ernsthaftige grundsätzliche Schwierigkeiten beim Umstellungsprozeß gemacht werden, obwohl doch gerade die Arbeiterschaft unter manchen Rationalisierungsmaßnahmen durch Arbeitslosigkeit, gesteigerte Leistungsanforderungen u. a. zunächst viel zu leiden hat und selbst von den Erfolgen des Fortschrittes als Konsument noch wenig merkt. Die Führung in dieser Entwicklung gehört ohne Zweifel zu den wichtigsten Unternehmerfunktionen. Dieses selbstverständliche Vorrecht wird aber unseres Erachtens nicht im geringsten geschmälert, wenn der Arbeitnehmer in geeigneter Form als verantwortliches Organ

Produktion besser durch die Mitarbeit der Arbeiter und durch Festsetzung hoher Standards als durch eine autoritäre Ausbeutung der Arbeit erzielt werden kann. Und die Arbeiterschaft ihrerseits versteht immer mehr, daß hohe Löhne und angemessene Arbeitsverhältnisse durch gute Leistungen, durch die Förderung der Tüchtigkeit und die Befähigung der Vergebung erreicht werden können. Immer mehr erkennt man den Zusammenhang zwischen hohen Löhnen und hoher Leistungsfähigkeit in der Industrie, die bestgeleitete und am wissenschaftlichsten arbeitende Industrie, deren Arbeiterschaft am höchsten steht und befriedigende Arbeitsverhältnisse hat, ist die Industrie, die auch die höchsten Löhne zahlen kann.“

Wir haben bis jetzt schöne Theorien vernommen, denen mancher Leser vielleicht mit einiger Skepsis begegnen mag. Aber auch aus der amerikanischen Praxis verfügen wir über manche Beispiele, die genug Ueberzeugungskraft haben. In einigen großen Eisenbahngesellschaften waren jahrelang heftige Arbeitskämpfe und Auseinandersetzungen auf der Tagesordnung, bis es durch Vermittlung eines tüchtigen Ingenieurs gelang, die Betriebsleitungen und die Belegschaften zu einer gemeinsamen Verständigung zu bringen. In dem Plan war ausdrücklich vorgesehen, daß beide Parteien „zur Verbesserung des Dienstes im Interesse der Öffentlichkeit“ zusammenzuarbeiten und die hierdurch entstehenden Gewinne in gerechter Weise verteilt sollten. Vertreter der Belegschaft und der Unternehmer berieten alle vierzehn Tage in Ausschüssen über Vorschläge, die technische Verbesserungen, wirtschaftliche Materialüberwindung, Personal- und Arbeitsteilung zum Inhalt hatten; in den ersten neun Monaten des neuen Systems kamen aus der Belegschaft 5772 Vorschläge zur Hebung der Leistungsfähigkeit, von denen 3800 von den Ausschüssen übernommen wurden. Die letzte Entscheidung bleibt der Betriebsleitung vorbehalten. Das Ergebnis war für beide Teile äußerst befriedigend; die Ruhe, Zufriedenheit und Arbeitsfreude im Betrieb waren wieder hergestellt,

die Lohnsumme stieg erheblich, die regelmäßige Beschäftigung der Arbeiter war als Folge verbesserter Arbeitsverteilung gesichert. Sehr bald folgten andere Unternehmungen dem Beispiel nach.

Die deutsche Wirtschaft hat sicherlich manche Lehre aus der amerikanischen Praxis für ihren Rationalisierungsprozeß gezogen. Wie halten es daher für durchaus gerechtfertigt, daß sie einmal die soziale Seite dieses Problems, wie wir sie darzustellen haben, zum mindesten ernstlich nachprüfte. Manche Klage aus Arbeiterkreisen über die Isolierung des deutschen Unternehmers vor seinen Arbeitern ist sicher übertrieben und unbedeutend. Es sollte aber zu denken geben, wenn ein so besonnener Mann wie der christliche Gewerkschaftler Georg Wieber in dem Heft 29 der „Wirtschaftlichen Nachrichten“, des Organs der rheinisch-westfälischen Handelskammern, fragt: „Warum, so sagt der Arbeiter, liefert das deutsche Unternehmertum nicht den Arbeiterorganisationen Material, das gegenüber dem Ausland, z. B. im Kampf um die Reparationsfrage notwendig ist? Warum arbt man den Gewerkschaften nicht stichhaltiges Material über die wirtschaftliche Notlage“ usw. Wir sind nicht dazu berufen, diese Fragen zu beantworten, glauben aber, daß ihre Formulierung für die Erkenntnis der Arbeiterpsychologie sehr interessant ist. Daß maßgebende Arbeitgeberkreise sich mit den hier gestellten Problemen sehr eingehend beschäftigen, ist uns bekannt; die Besprechungen im Reichswirtschaftsrat zwischen Gewerkschaften und Unternehmern waren erste Lösungsversuche. Auf einer Tagung des Arbeitsausschusses für

nicht nur als passives Objekt - zu der Lösung der Rationalisierungsaufgaben herangezogen würde. Sozialpolitisch wäre eine weitgehende Beteiligung der Arbeitnehmer an der Lösung mancher Betriebsaufgaben von allergrößter Bedeutung für die so notwendige Verständigung der beiden Parteien und für die Hebung der Arbeitsfreude. Allerdings verhehlen wir uns auch nicht die Hemmnungen, die sich aus der Klassenkampfbildung der sozialistischen Arbeiter und der bekannten Mentalität vieler deutscher Unternehmer ergeben können. Man wird sie nicht ganz vergessen dürfen, wenn man einmal über die interessantesten Erfahrungen, die in Amerika mit der Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemacht worden sind, in Deutschland nachdenken sollte.

Anlaß dazu könnte ein überaus lehrreicher Bericht geben, der im Juniheft der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ über das Verhältnis der amerikanischen Arbeiterbewegung zu der wissenschaftlichen Betriebsführung veröffentlicht worden ist. Dieser Bericht zeigt, daß noch vor wenigen Jahren, unter Leitung von Samuel Gompers, die Gewerkschaften einen

heftigen Kampf gegen das Taylor-System, das sie freilich nicht recht verstanden, ausgefochten hatten, daß der amerikanische Arbeiter keineswegs ein überzeugter Anhänger jeden technischen Fortschrittes war. Erst unter dem Einfluß von Gompers' Nachfolger William Green hat sich eine rasche Wandlung in der Arbeiterpolitik vollzogen.

„Die Arbeiter erkennen, daß ihr Wohlergehen, ihr Wohlstand und ihre Erfolge in großer Maße von der Herstellung und Erhaltung des gewerblichen Friedens abhängig sind“, erklärte im vergangenen Jahre Green in einer großen Rede. „Die Arbeiterschaft ist an der erfolgreichsten Leistung der Industrie interessiert, weil sie sich sagt, daß durch die Einführung sparsamerer Arbeitsarten, durch Förderung der Leistungsfähigkeit und vermehrte Produktion die Kosten der Produktion ohne Vergrößerung des Lebensstandards der Arbeiter vermindert werden können.“ Und einige Monate später sprach der Gewerkschaftsführer vor der Taylor-Gesellschaft: „Die Arbeiterschaft weiß, daß der Erfolg der Betriebsleitung Erfolg der Arbeiterschaft bedeutet. Immer mehr erkennen die Betriebsleiter, daß eine wirtschaftliche

Berufsausbildung erklärte Geheimrat Ernst von Borst, daß ein Zusammenarbeiten auch mit sachverständigen Vertretern der Arbeitnehmer durchaus erwünscht sei. Sollte das nicht auch auf dem von uns behandelten Gebiete der Rationalisierung in gewissem Umfang möglich sein? Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit erscheint uns z. B. als eine sehr wichtige Stelle, die den Versuch einmal wagen, und damit ein Vorbild für die Einzelunternehmungen abgeben könnte, und ebenso dürfte das Thema sehr geeignet sein, in Organen wie der Gesellschaft für Soziale Reform zur gründlichen Diskussion gestellt zu werden. Gilt es doch nicht nur, ein rein wirtschaftlich-soziales Problem zu lösen, sondern auch in höchstem Grade, die deutsche Arbeiterschaft in eine große nationale Frontstellung gegen die fremde Ausbeutung des deutschen Volkes durch das Versailleser Diktat usw. zu bringen. Mit der Politik, die bisher in allen Lagern getrieben worden ist, läßt sich aber dieses hohe Ziel kaum erreichen.